Fluchtursachen bekämpfen – aber wie?

Flucht und Migration in Westafrika waren die Themen der Veranstaltung „Warum kommen sie zu uns?“ am 13. Juni im Curiohaus. Eingeladen waren neben zwei Entwicklungs-Expertinnen auch eine Migrantin aus Nigeria

Nach der Begrüßung durch Joachim Geffers umriss Hermann Kaienburg einleitend das thematische Feld mit einigen grundlegenden Informationen. Aus Westafrika nehmen weitaus die meisten Menschen den riskanten Weg durch Wüste und Mittelmeer auf sich, weil sie in ihren Heimatländern keine erträgliche Lebensperspektive mehr für sich sehen. Daher sei der Begriff ‚Migrant_innen‘ besser geeignet als der Begriff ‚Flüchtlinge‘.

Seit dem afrikanisch-europäischen Gipfeltreffen in Maltas Hauptstadt Valetta Ende 2015 konzentriert sich die deutsche Politik darauf, von afrikanischen Regierungen als Gegenleistung für finanzielle Hilfen Unterstützung dabei zu erhalten, die Migration einzudämmen und Abschiebungen aus Europa zu akzeptieren. Merkmale der deutschen Politik sind auch die Erweiterung der Bundeswehreinsätze in Mali nebst der Einrichtung eines militärischen Stützpunktes in Niger sowie die Einführung verschärfter Grenzkontrollen. Im Zusammenhang mit dem auf dem G20-Gipfel im Juli geplanten „Pakt für Afrika“ bietet der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit einen „Marshallplan“ für Afrika an, in dem – allerdings sehr bescheidene – Summen für besonders reformwillige Länder zur Verfügung gestellt werden, die bereit sind, die Rahmenbedingungen für private Investitionen zu verbessern (z.B. Rechtssicherheit, Energieversorgung, Verbesserungen im Banksektor).

Können die Länder Westafrikas tatsächlich auf diese Weise vorankommen? Betrachtet man die bisherige Entwicklung, so sind Zweifel daran erlaubt. Der – auch jüngst immer wieder gelobte – Freihandel hat in afrikanischen Ländern eher zu wirtschaftlichen Schäden geführt, weil die in Industrieländern billiger und besser hergestellten Waren die dortigen Märkte überschwemmten und einheimischen Handwerker_innen und Farmern ihre Existenzgrundlage nahmen. Wegen der Fischereiabkommen, die die EU mit fast allen westafrikanischen Staaten abschloss, sind die Meere vor den

Foto: hlz

V.l.n.r.: Laurence Marfaing, Uta Bracken, Hermann Kaienburg, Ngozi Utoh-Samuel

dortigen Küsten oft überfischt. In Nigeria führt dies z.B. dazu, dass dort Fisch aus Argentinien importiert wird. Wegen hoher Verschuldung sind viele der Staaten von Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank abhängig; deren Bedingungen (Freihandel, Privatisierung staatlicher Dienstleistungen u.a.) haben die wirtschaftliche Lage nicht verbessert. Letztlich, so Kaienburg, bleibe den meisten Ländern nichts anderes übrig, als wie zur Zeit des Kolonialismus den Industrieländern Rohstoffe zu verkaufen und ihnen ihre billigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Der Aufbau einer Industrie in einheimischer Hand wird auf diese Weise stark behindert. Um wirtschaftlich nachhaltig voranzukommen, müsste ein viel größerer Anteil an den Wertschöpfungsketten innerhalb der afrikanischen Länder realisiert werden.

Natürlich sind viele der Ursachen für die wirtschaftlichen und politischen Probleme in den westafrikanischen Ländern auch hausgemacht. Dies erläuterte Ngozi Utoh-Samuel, die seit 1999 in Deutschland lebt, am Beispiel Nigeria. „Ohne Grund läuft niemand weg“, so fasste sie die Beweggründe der Migrant_innen zusammen. Mit Hilfe von Fotos verdeutlichte sie einige der Gründe:

* Spannungen zwischen ethnischen Gruppen führen immer wieder zu Konflikten, und bei Angriffen religiöser Extremisten sind oft Verletzte und Tote zu beklagen.

* In der Arbeitswelt herrschen häufig rigorose Bedingungen ohne soziale Absicherung. Die Regierung unternimmt so gut wie nichts gegen Hunger und Arbeitslosigkeit.

* Bestechlichkeit und „Vetternwirtschaft“ in öffentlichen Verwaltungen lähmen die Wirtschaft.

* Es gibt viele Probleme mit Infrastrukturen (Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Verkehr). Auch das Bankwesen funktioniert nicht zuverlässig.

* Die Schulbildung ist meist sehr einfach. Viele Kinder haben kaum eine Chance, etwas Ordentliches zu lernen. Lehrer erhalten manchmal monatelang kein Gehalt.

Laurence Marfaing vom renommierten German Institute of Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg hat seit vielen Jahren über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Westafrika geforscht. Ihre Informationen waren für die meisten Besucher_innen neu und erhellend:

„Senor, weiß eigentlich Ihre linke Hand, was die rechte tut?“

Es gibt in Westafrika eine hohe Binnenmigration. Marfaing nannte mehrere Gründe, insbesondere:

a) In Küstennähe sind, klimatisch bedingt, zwei Ernten pro Jahr möglich, in den nördlich davon gelegenen Gebieten bis zur Sahara (Sahelzone) nur eine. Überdies gibt es im Norden auch große Schwankungen bei den Niederschlägen. Viele Menschen ziehen daher regelmäßig als Saisonarbeiter_in in den Süden.

b) Auch Fischer verdingen sich oft zusätzlich als Saisonarbeiter, weil die Fischvorkommen jahreszeitlich schwanken und außerdem immer weniger zum alleinigen Lebensunterhalt ausreichen.

c) Viele Arbeitssuchende ziehen in die Städte, obwohl dort nur begrenzt Arbeit zu finden ist.

Hinzu kommen klimatische Veränderungen. Die Wüste dringt nach Süden vor. Halbnomaden ziehen mit ihren Herden immer öfter in Gebiete sesshafter Bauern. Häufig entstehen dadurch heftige Konflikte.

Innerhalb der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gab es bisher – ähnlich wie in der EU – kaum Grenzkontrollen. Dies ändert sich jetzt. Auf Druck aus Europa werden in den wichtigsten Transitländern biometrische Ausweise und verschärfte Grenzregime eingeführt. Die Binnenmigration in Westafrika wird dadurch zum Teil erheblich mühsamer und teurer.

7,5 Millionen Menschen in Westafrika leben in einem Land, in dem sie nicht geboren sind. Von den 260 Millionen insgesamt sind das allerdings nur drei Prozent. Die etwa 100.000 Menschen, die 2016 aus Westafrika nach Italien gelangten, bilden demgegenüber einen fast verschwindend geringen Anteil.

Uta Bracken, Referatsleiterin für West- und Zentralafrika bei Brot für die Welt (Berlin), ging vor allem auf die individuellen Beweggründe von Migrant_innen ein. Moderne Kommunikationstechnik hat sich auch in

Afrika verbreitet. Die Jugendlichen erfahren über ihr Handy und per Internet viel über andere Länder und kommunizieren z.B. über Facebook untereinander. Doch ist die Familie nach wie vor der Mittelpunkt des gesamten sozialen Lebens. Die Eltern legen fest, wer sich als Saisonarbeiter_in verdingen muss. Einige werden sogar nach Europa geschickt, um zum Unterhalt beizutragen. Geldsendungen aus Europa leisten einen erheblichen Beitrag zum Überleben vieler Familien. In Nigeria trugen sie 2015 mit 4 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, im Senegal mit 12 Prozent und in Liberia mit 31 Prozent.

Bei vielen Jugendlichen kommt auch der Wunsch hinzu, aus der familiären Enge auszubrechen und dorthin zu gehen, wo das Leben vermeintlich besser ist. Gut ausgebildete junge Leute neigen besonders zur Auswanderung; denn viele Hochschulabsolvent_innen finden in ihren Ländern keine angemessenen Jobs, rechnen sich aber Chancen in Industrieländern aus. Auch durch ein Studium in Europa oder in den USA gelangen viele junge Menschen dorthin und bleiben anschließend zum Teil dort („brain drain“).

Ramona Lenz von medico international (Frankfurt/M.) hatte leider ihre Teilnahme kurzfristig wegen Krankheit absagen müssen. Einige ihrer Präsentationsfolien wurden aber später in die Diskussion eingebracht.

Die Diskussion auf dem Podium widmete sich zunächst der Frage, ob eine Forcierung privatwirtschaftlicher Investitionen, wie sie jetzt der G20-Gipfel als wichtigsten Beitrag zur Bekämpfung von Migrationsursachen vorsieht, die Länder Westafrikas voranbringen wird. Der Tenor der Antworten war skeptisch. Zwar entstehen auf diese Weise Wirtschaftbetriebe in Afrika, aber das Ziel der Investitionen besteht immer darin, dort Geld zu verdienen, so dass letztlich die Finanzströme vom Süden in den Norden größer sind als umgekehrt. Überdies haben die Industrieländer vor allem Interesse an Rohstoffen; dabei werden meist relativ wenig Arbeitskräfte benötigt. Auch der Verkauf von Fertigprodukten bringt mittelfristig oft eher Schaden als Nutzen, weil einheimische Produkte verdrängt werden. Es gibt zum Teil einige positive Nebeneffekte privater Investitionen, z.B. wenn Afrikaner_innen sich in solchen Unternehmen beruflich qualifizieren können oder wenn Erzeugnisse einheimischer Zulieferbetriebe Verwendung finden. Aber wenn die europäischen Unternehmen ihre Betriebe eines Tages schließen, bleiben meist kaum nachhaltige positive Entwicklungseffekte zurück. Eine eigene verarbeitende Industrie wird in den afrikanischen Ländern auf diese Weise nicht aufgebaut.

Ist es sinnvoll, die Landwirtschaft zu fördern, um die Lebensmittelversorgung zu verbessern? Auch hier fielen die Antworten eher kritisch aus. Intensivlandwirtschaft wie in Europa ist meist nicht sinnvoll; die isolierte Einführung hochtechnisierter Methoden schadet eher. Überdies ist der Erwerb großer Anbauflächen leider oft mit „land grabbing“ verbunden; dabei wird Kleinbauern mit dubiosen Methoden das Land weggenommen. Einige Hilfsorganisationen fördern demgegenüber gezielt die kleinbäuerliche Landwirtschaft durch Vermittlung von Kenntnissen und die Gründung von Genossenschaften, um die Chancen zur Selbstversorgung zu verbessern. Die Frage nach der Bedeutung von Mikrokrediten wurde überraschenderweise ebenfalls eher skeptisch beurteilt. Offenbar fehlen selbst dafür in vielen Ländern geeignete, verlässliche Einrichtungen der Finanzwirtschaft.

In der abschließenden Diskussion wurden viele der bereits angeschnittenen Aspekte noch einmal angesprochen, z.B. die europäischen Agrarexporte und die Freihandelsabkommen. Eine Teilnehmerin hob hervor, dass es nicht genüge, die Fischereiverträge der EU transparenter zu gestalten – dies ist nach massiver Kritik in den vergangenen Jahren vielfach geschehen –, sondern sie völlig aufzuheben, da die „schwimmenden Fischfabriken“ dort den einheimischen Fischfang sehr schädigen.

Ist eine stärker protektionistisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik afrikanischer Staaten sinnvoll? Kamerun hat z.B. den Import von Geflügel verboten. Die Agenda 2063 der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) von 2013, die stärker auf afrikanische Lösungen für die Entwicklungsprobleme setzt, ist zwar ein interessanter Ansatz, wird aber wohl ein gut gemeinter Wunsch bleiben; denn die OAU ist wie die meisten afrikanischen Staaten stark von ausländischen Finanzhilfen abhängig.

Gibt es überhaupt eine Chance für die Länder Westafrikas, aus dem beschriebenen Teufelskreis herauszukommen? Immerhin ist es ja vor allem in Ostasien einigen Ländern gelungen, große Schritte in Richtung auf den Aufbau einer eigenen verarbeitenden Wirtschaft voranzukommen. Dazu gehörten in den letzten Jahrzehnten vor allem Südkorea und China. Deren Weg zu analysieren, wäre eine Aufgabe für eine andere Veranstaltung. Sicher ist: Mit Freihandel wird dies nicht gelingen. Joseph Stiglitz, einst Chefökonom der Weltbank und Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, hat die Schuldenpolitik des IWF immer wieder als Ursache der weiteren Verarmung von Entwicklungsländern bezeichnet und mehr Einfluss dieser Staaten in den Gremien der Kreditvergabe gefordert.

HERMANN KAIENBURG